Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte: In der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark, für Oesterreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet an allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1778.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I. Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie Ver- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.,
für Inserate von auswärts 30 Pf.
Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif.
Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Telephon VI, Nr. 4603).
Filial-Expedition Dresden: Marienstr. 34.

Nr. 20. Sonntag 20. Januar 1907. 101. Jahrgang.

Wähler, gedenket Eurer Pflicht am 25. Januar! Wählt nur national!

Das Wichtigste vom Tage.

* König Friedrich August hielt gestern bei einem Festabend der beiden Dresdener Schützengesellschaften eine Ansprache. (S. Letzte Tep.)

* Am gestrigen Abend hielt der Reichskanzler Fürst Bülow im kolonialpolitischen Aktionskomitee eine Rede über die Reichstagsauflösung und die kommenden Wahlen. (S. Artikel.)

* Gestern fand die Trauerfeier für die verstorbene Königin Marie von Hannover in Gmunden statt. (S. Dtsche. R.)

* Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht 800 Namen angesehener Katholiken, die bisher den gegen die Politik des Zentrums gerichteten Aufruf rheinischer Katholiken vom 10. Januar unterschrieben haben.

* Nach einer Meldung des Korrespondenten der New Yorker „Associated Preß“ aus Kingston vom 17. d. M. ist der deutsche Postdampfer „Prinz Eitel Friedrich“ der Hamburg-Amerika-Linie, mit dem eine größere Anzahl von Amerikanern die Insel verlassen wollte, in der Nacht vom 16. auf den 17. d. M. in der Nähe des Wracks der „Prinzessin Viktoria Luise“ ebenfalls auf Grund geraten.

* Die Krönung des Schahs hat gestern stattgefunden. Es wird ein Ministerwechsel erwartet.

* Zum englischen Unterrichtsminister ist Mackenna ernannt. (S. Ausland.)

Eine Wahlrede des Fürsten Bülow.

Telegraphischer Bericht.

Bei dem gestern im Palasthotel vom kolonialpolitischen Aktionskomitee veranstalteten, von zahlreichen Vertretern der Wissenschaft, Literatur und Technik aus ganz Deutschland besuchten Essen hielt der Vorsitzende des Komitees

Professor Schmoller

eine Ansprache, in der er folgendes ausführte:

Die in dem kolonialpolitischen Komitee vereinigten Führer der literalen Berufe wollen in einem großen Moment unserer vaterländischen Geschichte ihre Stimme in die Wagschale werfen. Das Komitee wolle die organisierten Parteien und die hinter ihnen stehenden sozialen Klassen und die materiellen Interessen nicht verdrängen, wohl aber beeinflussen. Hinter dem Komitee stehe die Masse der literalen Berufe, die gegen zwei Millionen Wähler umfassen. Die führenden Kräfte des geistigen Lebens suchen auch der Art der materiellen Interessenbetätigung zu beeinflussen, aufklärend zu wirken und die Geister von den kleinen zu großen Gesichtspunkten hinzuführen. Der Redner erinnert daran, daß die Universitätslehrer dank der Freiheit der Wissenschaften und dank der politischen Unabhängigkeit, welche ihnen die aufgeklärten deutschen Regierungen seit hundert Jahren stets einräumten, schon oft in die großen öffentlichen Kämpfe eingegriffen haben, so beim Zedlitzschen Schulgesetzentwurf und bei der Frage der Flottenvermehrung. Das Komitee wolle mit allen Gesinnungsgenossen aus den literalen Berufen für die Erhaltung unserer Kolonien, der Macht und der Ehre Deutschlands eintreten und helfen, eine Reichstagsmorität zu schaffen, welche mit dem Reichskanzler und den Bundesregierungen für diese Ziele eintritt. Es wolle der Nation heute sagen, sie solle das Vaterland über die Partei stellen und nicht kleinlich und philisterhaft die Fragen der Macht, der Ehre und der auswärtigen Politik behandeln. Deutschland stehe auch heute noch unter dem Einflusse seiner Denker und Dichter, seiner Schriftsteller, Gelehrten und Künstler. Der Redner begrüßte dann den Reichskanzler, der durch sein Erscheinen gezeigt habe, daß er die geistigen Kräfte neben den materiellen richtig einschätze. Man habe unter der berauschenden Einwirkung des neuen Reichtums und der neuen Macht Deutschlands seit 1870 wohl öfter diese Geisteskräfte unterschätzt und nur zu oft das Wort des Dichters vergessen: „Es ist der Geist, der sich den Körper baut.“

Er bat alsdann den Reichskanzler, das Wort zu ergreifen.

Die Rede Bülows.

„Meine Herren! Der Anregung, unter Ihnen zu erscheinen, bin ich gern und dankbar gefolgt. Ich befinde mich hier unter Vertretern der Wissenschaft, der schönen Künste, in einem Kreise hoher Bildung und hohen Strebens. Sie alle kennen das Goethesche Wort:

„Was ist deine Pflicht? Die Forderung des Tages“.

Sie, die geistigen Führer der Nation, haben es als eine Forderung des Tages erkannt, aufklärend mitzuwirken an dem politischen Geschick der Nation, und Sie wollen hören, was einer der obersten Beamten des Reichs am Vorabend des Tages noch zu sagen hat, der über die künftige Zusammensetzung des deutschen Parlamentes entscheiden soll. Der Streit zwischen den verbündeten Regierungen und der Mehrheit vom Zentrum und Sozialdemokraten im Reichstage ist ausgebrochen bei einer Frage, bei der es sich um die Beendigung des Krieges in Südwestafrika, überhaupt um das Maß von Einsicht und Energie bei unseren kolonisatorischen Bestrebungen handelte. Ich bin froh, sagen zu können, daß

an der Spitze der Kolonialabteilung

jetzt eine außergewöhnlich tüchtige und umsichtige Kraft tätig ist. Es ist Herrn Dernburg in kurzer Zeit gelungen, das erschütterte Vertrauen in die Verwaltung unserer Kolonien neu zu beleben. Ich hege die Zuversicht, daß mit zähem Fleiß aus unseren Kolonien ein Besitz zu machen ist, der die dafür gebrachten Opfer reichlich lohnen, für unseren Wohlstand und für die Erhaltung unserer Volkskräfte von großem Nutzen sein wird, und den keiner unserer Söhne und Enkel mehr missen möchte. Die Kolonien sind nicht nur ein Prüfstein für unsere nationale Tatkraft, sie können auch ein Bindemittel sein für unsere in ein Dutzend Fraktionen gespaltene politische Betätigung im Innern.

In ihrer Entwickelung ist die

Paarung konservativen Geistes mit liberalem Geiste

erforderlich, und es ist hoffentlich nicht zu optimistisch, wenn ich es als einen gewissen Wendepunkt in unserem Parteileben betrachte, daß am 13. Dezember im Reichstage konservative und liberale Parteien mit den verbündeten Regierungen zusammengingen. Ich möchte, daß diese Verständigung vorbildlich wirkte für die Behandlung anderer großer nationaler Fragen und daß so von dem erneuten Beginn ein günstiger Einfluß ausginge zur Gesundung der Parteigegensätze namentlich gegenüber dem Auslande. In Aufrufen und Artikeln der Zentrumspartei heißt es jetzt, ich hätte nach einem

Vorwande für die Auflösung

gesucht. Das Zentrum hätte so gut wie alles bewilligt, die Auflösung sei unnötig gewesen. Nun, meine Herren, hat das Zentrum nicht schon im Frühjahr 1906 — ich sehe ganz ab von der Verweigerung des Reichskolonialamtes — die Forderung des Bahnbaues im Kriegsgebiete zu Falle gebracht? Hat nicht dieser Beschluß dem Reiche viele Millionen gekostet? Denn die hohen Kriegskosten sind zu mehr als einem Drittel durch die außerordentliche Schwierigkeit des Transportes verursacht worden. Hat nicht das Zentrum vor fünf Wochen gemeinsam mit der Sozialdemokratie die Regierung zwingen wollen, die Truppenstärke auf dem Kriegsschauplatz vor völliger Niederkämpfung der Hereroaufstand von einem bestimmten Termine ab auf 2000 Mann herunterzusetzen? In der Frage, wieviel Truppen zur Niederwerfung des Aufstandes und zur Pacifizierung der Kolonien nötig wären, konnte ich mich nur nach dem Urteil der Truppenführer und des Generalstabes richten. Gegenüber dem klaren und bestimmten Verlangen der sachkundigen und verantwortlichen Stellen gab es für die verbündeten Regierungen kein Schwanken und keine Zweifel. Blieb die Mehrheit auf ihrem Standpunkt stehen, so mußten wir an das Volk appellieren. Man hat vielfach den Standpunkt der Mehrheit damit motivieren wollen, daß dann der Reichstag der Truppenleitung und den verbündeten Regierungen die Verantwortlichkeit mit tragen helfe und daß er, wenn nötig, die Truppenzahl wieder heraufsetzen könne. Ja, meine Herren, das heißt Hofkriegsrat spielen. Einen solchen Eingriff in die Kriegsleitung einer solchen Armutsnarrenarbeit aller feindlichen Elemente der Welt durften und konnten die verbündeten Regierungen sich nicht unterwerfen.

Man hat mir auch das in der Hitze der Debatte gesprochene Wort vorgeworfen, daß nicht die Parteien, sondern die Regierung

die Verantwortung

trüge für die Sicherheit und das Ansehen des Landes. Meine Herren! Ich halte dieses Wort bei ruhigem Blut vollständig aufrecht. Verantwortlichkeit ist zunächst eine höchst persönliche Sache. Mögen sich nun auch Parteien für ihr Verhalten moralisch verantwortlich fühlen — und je mehr, desto besser — so ist doch die Regierung keine Partei; ihre Verantwortlichkeit reicht viel weiter. Sie hat, insbesondere nach außen, alle Parteien zu vertreten und sie trägt allein die moralische und politische Verantwortlichkeit in großen nationalen Fragen. Das ist auch so in rein parlamentarisch regierten Ländern. Wenn da die Mehrheit der Regierung die Verantwortung für Mehrheitsbeschlüsse nicht tragen will, so tritt sie das Parlament auf oder sie tritt ab. In dem Anspruche der Zentrumspartei, den verbündeten Regierungen, ebenso wie die Kriegsleitung einen Teil der Verantwortlichkeit abzunehmen, sehe ich einen weder in der Verfassung, noch in dem tatsächlichen Schwanken der Mehrheitsbildung im Reichstage begründeten Anspruch des Machtgefühls einer Fraktion. Was würden Sie, meine Herren, von einem Reichskanzler sagen, der, wenn es schief geht, oder eine Katastrophe eintritt, Deckung suchen will hinter den Parteien. In der Regel sind die Parteien umgekehrt geneigt, noch kritischen Entscheidungen die Verantwortlichkeit von sich ab und die Schuld auf die Regierung zu wälzen. Ich erinnere an die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes, wo Parteien, die vorher für die Aufhebung eingetreten waren, hinterher die Regierung scharf polemisierten. Aehnliches hat sich nach der Reichsfinanzreform ereignet. Ich glaube, daß das deutsche Volk eine solche Verschiebung der Verantwortlichkeit zugunsten der Parteien nicht gewohnt ist und nicht will.

Nun wetteifern Zentrumsstimmen und Sozialdemokratie in der Behauptung, das Budgetrecht des Reichstages sei verletzt,

Volksrechte seien in Gefahr.

Ich kann auch darin nur eine Ausrede für den Mehrheitsbeschluß vom 13. Dezember, eine Irreführung der Wähler über die Gründe der Reichstagsauflösung sehen. Die Opposition sucht das thema probandum von einem unbequemen nationalen auf ein von ihr willkürlich konstruiertes, konstitutionelles Gebiet hinüberzuspielen. Die verbündeten Regierungen denken nicht daran, die in der Verfassung gewährleisteten Rechte und Befugnisse des Reichstages irgendwie einzuschränken oder zu verletzen. Sie wahren sich aber das ihnen zustehende Recht, bei Differenzen mit dem Reichstage an das Volk zu appellieren.

Die verbündeten Regierungen wollen weder ein absolutes, noch ein Parteiregiment. Sie treten ein für den verfassungsmäßigen Staat und für verfassungsmäßiges Recht. Sie wollen keinen Kampf gegen unsere katholischen Landsleute und die katholische Religion, sondern religiösen Frieden, religiöse Duldung und volle religiöse Gleichberechtigung, volle Gewissensfreiheit, zu der ich mich immer bekannt habe, nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Sie wollen nicht den sozialistischen Zwangs- und Zuchthausstaat, keine Gefährdung unseres Friedens und unserer Stellung in der Welt, sondern Schutz und Schirm für Kaiser und Reich nach außen und stetigen Fortschritt aller tüchtigen nationalen Kräfte im Innern. Meine Herren, es handelte sich gar nicht um das Budgetrecht des Reichstages, es handelte sich um kein anderes Volksrecht, als um das, vertreten zu sein durch eine Mehrheit, die den verbündeten Regierungen das deutsche Ansehen wahren hilft und treue deutsche Soldaten nicht vor dem Feinde im Stiche läßt. Eine Machtfrage hat nicht die Regierung aufgerollt, sondern das Zentrum im Reichstage mit Hilfe der Sozialdemokratie. Endlich heißt es, es gelte, das

persönliche Regiment

zu bekämpfen und der Gefahr des Absolutismus vorzubeugen. Meine Herren, eine solche Gefahr besteht nicht und kann nach der bundesstaatlichen Verfassung des Reiches auch gar nicht bestehen. Unser Kaiser denkt nicht daran, Rechte in Anspruch zu nehmen, die ihm nach der Reichsverfassung nicht zukommen. Auch bei der Auflösung des Reichstages hat er nichts anderes getan, als daß er den Rat des Reichskanzlers und den Vorschlag des Bundesrates gutgeheißen hat, von einem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch zu machen. Wir leben nicht mehr in der Zeit des Großen Kurfürsten und des Großen Königs, die von ihrem Kabinette aus die Monarchie regierten. Fürst Bismarck hat es einmal für einen Mit niedrigster Feigheit erklärt, wenn ein Minister seine Verantwortlichkeit decken wollte mit der Verantwortlichkeit des Königs.

Seit dem ersten Tage meiner Amtstätigkeit haben mir diese Worte vor der Seele gestanden. Die Aufrechterhaltung der vollen Verantwortlichkeit und damit die Autorität des Reichskanzlers und im Preußen der Minister, die zwar Organe der Krone sind, aber darum doch so befugt wie verpflichtet zu eigener Initiative, liegt im Interesse der Krone ebenso wie im Interesse des Landes. Was zur Auflösung des Reichstages geführt hat, hat nichts mit persönlichem Regiment, nichts mit Absolutismus zu tun; nein, meine Herren, es ist vielmehr wieder einmal ein Kampf gegen den schlimmen

Fraktions- und Parteigeist,

der Deutschland in der Vergangenheit schon so schwere Wunden geschlagen hat, Sondergeist der Stämme, an dem Ottonen, Salier und Staufer zugrunde gingen, konfessioneller Sondergeist, der Deutschland durch den Dreißigjährigen Krieg schädigte und es politisch und wirtschaftlich um Jahrhunderte zurückwarf, partikularistischer Sondergeist, der vor hundert Jahren das alte Reich ganz aus den Fugen trieb. Von diesem Geist in allen seinen Abarten ist noch ein böser Rest geblieben. Wie oft bekomme ich zu hören, wenn die Regierung nicht dies und das tut, so machen wir nicht mehr mit. Einerseits heißt es immer, die Regierung soll führen, anderseits will sich keiner führen lassen. Prinzip geht in Deutschland zu oft vor Gemeinsinn, Doktrin vor Erkenntnis des praktisch Möglichen. Ich habe das wieder erfahren bei der Annahme meiner Antwort an den General v. Lindequist. Je mehr ein Blatt eingeschworen ist auf irgend eine bestimmte Parteidoktrin, um so kritischer war es. Je weniger ein Blatt von Fraktionsinteressen abhängt, um so unbefangener war sein Urteil. Von rechts wurde mir entgegengehalten, daß der Brief das früher von mir selbst oft gebrauchte Wort von Heimatpolitik nicht enthält. Für die Heimatpolitik, namentlich soweit sie deutsche Landwirtschaft betrifft, glaube ich einiges getan zu haben, und ich bin stolz; aber Heimatpolitik und Kolonialpolitik sind keine Gegensätze. Die Kolonien entwickeln, bringt auch Heimatpolitik treiben, da Heimat und Mutterland ein und dasselbe sind.

Von liberaler Seite wurden Aufgaben vermißt, die man von mir namentlich in bezug auf Verwaltung und Schule erwartete. Nun bin ich wohl — und nicht erst seit gestern oder vorgestern — der Ansicht, daß die Vorbildung unserer Beamten und die Struktur unseres Beamtenorganismus verbesserungsfähig sind und daß wir in der geistigen und materiellen Versorgung der Schule und der Lehrer weiter fortschreiten müssen, aber das geht zunächst die Landesgesetzgebung an, wo manches unter denselben Parteien streitig und trennend ist, deren Pflicht es mir zu sein scheint, im Reiche vereint zu schlagen. Am Vorabend einer Schlacht paßt kein Streit unter Bundesgenossen. Dasselbe gilt auch von einem neuen politischen Programm, das man von mir verlangt hat. Programme sind Zukunftsmusik. Zur Musik gehören Musikanten. Nun sehen Sie sich, meine Herren, das Orchester im Reichstage an! Wie viele Tonarten da durcheinander klingen! Mögen die Minderheitsparteien vom 13. Dezember jetzt zeigen, was sie vermögen, nicht nur an Zahl in der Kapelle, sondern auch im Fühlen für Rhythmus und Harmonie.

Nächstes Ziel

ist eine

Mehrheit von Konservativen und Liberalen

zu schaffen und dem Zentrum die Möglichkeit zu nehmen, an der Seite der grundsätzlich auf Dissonanzen bedachten Sozialdemokratie zum Schaden des deutschen Vaterlandes Machtpolitik zu treiben gegen die verbündeten Regierungen und gegen alle anderen Parteien. Ein Reichstag, dessen Mehrheit in nationalen Fragen nicht versagt, das ist die Forderung des Tages. Wer dieser Ueberzeugung ist, der folge ihr nach und warte nicht auf Anerkennung und Versprechungen für die Zukunft, sondern sei Mannes genug, sich selber Geltung zu verschaffen. Das Zentrum ist auch zur Zeit seiner ausschlaggebenden Stellung im Reichstage geblieben, was es immer war:

eine unberechenbare Partei.

Es vertritt aristokratische und demokratische, reaktionäre und liberale, ultramontane und nationale Forderungen; nur eine politische Richtung ist nicht vertreten, die sozialistische. Um so auffälliger ist es, daß das Zentrum bei den Wahlen der religions- und staatsfeindlichen Partei, der Sozialdemokratie, Vorschub leistet. Wie

patriotische Katholiken

darüber denken, beweist der Düsseldorfer Aufruf. Die deutsche Politik darf nicht zum Spiel der Interessen einer Fraktion gemacht werden, die von ihrem religiösen und konfessionellen Standpunkt aus die Sozialdemokratie bekämpfen müßte, ihr aber gleichwohl aus taktischen Gründen zu Einfluß in Lebensfragen der Nation verhilft.

Die sozialdemokratische Partei

hat positiv nichts geleistet. Selbst die großen sozialpolitischen Reichsgesetze sind ohne ihre Zustimmung zustande gekommen. Wo sich in ihren Reihen Neigung zur Mitarbeit an positiven Reformen zeigt, sucht sie der Despotismus, der revolutionäre Uebermut der Führer zu ersticken.

Wie lange wird diese Knechtschaft von Millionen deutscher Arbeiter noch dauern? Es ist ein großes Glück, wenn endlich dieser Bann sich lockert, wenn die deutschen Arbeiter mehr und mehr einsehen, daß die Sozialdemokratie die Interessen der Arbeit schlecht vertritt, weil sie selbst keine positive Arbeit leistet. Wenn namentlich die große Zahl der Mitläufer sich klar macht, daß der gegenwärtige Zustand der Ordnung, des gesetz- und verfassungsmäßigen Vorgehens, des wachsenden Wohlstandes und der Fürsorge für die Armen und Bedrängten jedenfalls besser ist, als der rohe Zwang, ohne den die Verwirklichung und der Bestand kommunistischer Zukunftsutopien überhaupt nicht denkbar ist. Die Bestrebungen für Volkswohlfahrt erachte ich als staatliche Pflicht.

Die Sozialreform

wird hoffentlich trotz der nichts als Verhetzung schürfenden Gegnerschaft der sozialdemokratischen Partei nicht stillstehen. Meine Herren! Sie werden nicht ohne Anreiz zum Nachdenken beobachtet haben, welche Hoffnungen der Deutschland übelgesinnte Teil der

ausländischen Presse

aus dem deutschen Wahlkampfe schöpft. Der deutsche Kaiser und die verbündeten Regierungen sollen in diesen Wahlen einen Denkzettel erhalten; alle guten Wünsche begleiten die Sozialdemokratie und das Zentrum in den Wahlkampf. Es ist, als ob man den Rückfall des Volkes der Denker und Dichter in die früheren Zeiten politischer Zerrissenheit und Ohnmacht für möglich hielt. Jedenfalls herrscht die Ueberzeugung, daß jeder Sieg der Opposition vom 13. Dezember die Entfaltung der nationalen Kräfte des deutschen Volkes, deutschen Unternehmungssinnes und deutschen Geistes hemmen und hindern werde. Solche Stimmen klingen aus Ländern und Völkern zu uns herüber, die selbst bewunderungswürdige Beispiele von stoischem Gleichmut und heroischem Opfermut im Durchhalten großer Kolonialkriege gegeben haben. Es ist auch klar, daß in der Tat die vom Auslande erhoffte Entscheidung der deutschen Wähler zugunsten der internationalen Sozialdemokratie und des Fraktionsegoismus des Zentrums eine Schädigung des Ansehens und

eine Gefährdung des Friedens

des deutschen Volkes bedeuten würde.

Und nun, meine Herren, will ich Ihnen auch sagen, warum es mir eine besondere Freude war, Ihrer Einladung zu folgen. Gerade Sie, die Vertreter von Wissenschaft und Kunst, Denker und Forscher, Dichter und Bildner, sind am besten berufen, im Dienste der politischen Forderung des Tages dem alten deutschen Schicksal des Parteigeistes und Fraktionshaders entgegenzuwirken und den Glauben zerstören zu helfen, daß wir wieder bloß ein Volk von Denkern und Dichtern und Träumern wären und nicht auch eine große, friedlich strebende, in schweren Zeiten einige und tapfere Nation bleiben könnten. Mögen so wie wir, meine Herren, alle nationalen Elemente von der konservativen Richtung bis zur fortschrittlichen Linken ohne Anfeindung der Religion bei den Wahlen ihre Standesinteressen zurückstellen hinter die nationale Pflicht und Schuldigkeit.

Die Rede des Reichskanzlers fand ungeteilte Zustimmung. Fürst Bülow wurde von häufigem Beifall unterbrochen, der namentlich am Schlusse sehr stark war.

Die Wahlpflicht der Frau.

Von seinem Feinde soll der kluge Mann die Kniffe und Pfiffe lernen, sie unschädlich machen oder, wenn es nützlich ist, ihm mit diesen heimzahlen. A corsaire, corsaire et demi! Auf einen Schelm anderthalben! Das Zentrum hat seine Wähler gut im Kommando: der „Glaube“ tut Wunder, und wenn der Mann sich noch sträubt, den Zentrumszettel in die Urne zu werfen, weil sich in ihm die Liebe zum Vaterland und das Gewissen regt, so wird der Frau oft die Hölle genügend heiß gemacht, daß sie wirklich glaubt, ihr Mann begehe eine Todsünde, wenn er für den nationalen Kandidaten, statt für den internationalen schwarzen Herrn stimme, und um des lieben Friedens willen läuft der Mann mit offenen Augen in die Garne des Zentrums. Das ist nicht zu bestreiten.

SLUB
Wir führen Wissen.